

Ende Februar hat Bundeskanzler Gerhard Schröder endlich die inzwischen 17 Mitglieder des Rates für Nachhaltige Entwicklung berufen. Mehr als zwei Jahre sind seit der Ankündigung einer deutschen Nachhaltigkeitsstrategie im rot-grünen Koalitionsvertrag vergangen. Der Rat soll den vergangenen Jahr eingesetzten Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung unterstützen. Er wird die Bundesregierung bei der Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie beraten und als zentrale Aufgabe den Dialog mit der Öffentlichkeit garantieren.

Dieser Dialog scheint bitter nötig zu sein. Ganze 13 Prozent der Bürger haben den Begriff der Nachhaltigen Entwicklung überhaupt schon einmal gehört. Das dahinter stehende Konzept dürfte für die meisten Wähler ein Buch mit sieben Siegeln sein. Aufklärung tut Not und deshalb sollte die Nachhaltigkeitsstrategie mit einer breiten Öffentlichkeitskampagne versehen werden. „Ich wünsche mir eine mächtige Kampagne, mindestens so auffällig wie „Keine Macht den Drogen“ oder die Aids-Aufklärung“ sagte der grüne Bundestagsabgeordnete Winfried Hermann, Mitinitiator des Nachhaltigkeitsrates, in einem Interview. „Witzig, eingängig und überall präsent“ sollte die Nachhaltigkeitskampagne sein, mit wichtigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als Popstars des Beratungswesens.

Wäre er doch nur erhört worden! Witzig war allenfalls das Verwirrspiel um die Berufung der Ratsmitglieder. Boris Becker sollte es sein, die beliebte Tagesthemen-Moderatorin Gabi Bauer, oder vielleicht doch Tatjana Patitz als repräsentatives Topmodel? Eingängig war nur die Verzögerungstaktik des Bundeskanzleramtes und das Desinteresse Gerhard Schröders am Thema. Das Bundeskanzleramt hat dem Rat durch den schleppenden Fortgang schon im Vorfeld schweren Schaden zugefügt, worauf die Absagen einiger Kandidaten für den Rat hindeuten. Präsent sind im Rat letzten Endes lauter alte Bekannte aus der Umweltgemeinde (siehe auch die Meldung auf S. 2). Diese möchten aber keinesfalls als „Frühstücksdirektoren“ auftreten, wie der NABU-Vorsitzende Jochen Flasbarth versichert.

► Mehr als Evergreens?

Auftreten wird die Band namens Rat für Nachhaltige Entwicklung mit recht bescheidenem Liedgut, besser bekannt als die „Evergreens der Umweltpolitik“ aus den drei Themenbereichen

Der Nachhaltigkeitsrat ist endlich eingesetzt

Ist langsamer wirklich nachhaltiger?

Was lange währt, wird endlich gut. Sollte diese Spruchweisheit auch in der Politik ihre Gültigkeit besitzen, der Rat für Nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesregierung müsste mit einem wahren Feuerwerk ökologisch glänzender Ideen aufwarten können. Damit solche auch Wirkung erzielen, muss er jedoch erst einige Hindernisse überwinden.

Klimaschutz, Mobilität und Landwirtschaft. Damit bleiben wichtige Komplexe wie der Artenschutz, das Wassermanagement oder der Ressourcenverbrauch zunächst außerhalb des deutschen Nachhaltigkeitsdiskurses. Obwohl niemand bestreitet, dass es sich bei den drei Schwerpunktbereichen um zentrale Fragen für eine nachhaltige Entwicklung handelt, erscheint der sektorale Ansatz der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, im Lichte der Agenda 21 betrachtet, als eigentümlich limitiert, zumal sich eine entwicklungspolitische Dimension in den Bundestagsbeschlüssen zur Nachhaltigkeitsstrategie kaum erkennen lässt.

► Knackpunkt Glaubwürdigkeit

Der Schwerpunkt der künftigen Arbeit des Nachhaltigkeitsrates wird in der Entwicklung quantifizierbarer Ziele und eines verbindlichen Zeitrahmens für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland liegen. Wie groß die Verbindlichkeit dieser Zielsetzungen sein wird, hängt entscheidend von der Glaubwürdigkeit des Nachhaltigkeitsrates und des gesamten Planungsprozesses ab, als Ausdruck des Willens der deutschen Bundesregierung das Konzept der Nachhaltigkeit zum Motto des Regierungshandelns zu machen. Eine Nachhaltigkeitsstrategie in Form symbolischer Politik wird diese Glaubwürdigkeit nicht besitzen und in Konkurrenz zu den sektoralen politischen Programmen gera-

ten. Es drängt sich gegenwärtig der Eindruck auf, dass diese Variante tatsächlich das Los der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sein wird.

Entscheidend wird für diese Frage das Wirken des Staatssekretärsausschusses für Nachhaltige Entwicklung unter Leitung von Staatsminister Hans-Martin Bury sein. Dieser soll die Nachhaltigkeitsstrategie erarbeiten und konkrete Projekte beschließen. Dem Ausschuss gehören je ein beamteter Staatssekretär des Umwelt-, Wirtschafts-, Arbeits-, Verbraucherschutz-, Gesundheits-, Verkehrs- und des Bildungsministeriums an, außerdem Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Entwicklungs- und des Finanzministeriums. Die Teilnahme an den Beratungen steht darüber hinaus anderen Ministerien offen. Die Arbeit des Ausschusses wird letztlich entscheiden, ob es gelingt das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung mit einer integrierten Sicht voranzubringen.

Partner und Katalysator zu sein wünschen sich die Ratsmitglieder. Allein, es wird ihnen weithin an Unterstützung mangeln. Das abnehmende Interesse der Öffentlichkeit an Umweltthemen spiegelt sich im geringen Interesse der Bundesregierung für eine Nachhaltige Entwicklung wider. Zu allem Unglück fällt der Startbeginn der Nachhaltigkeitsstrategie in eine Zeit, in der die amtierende Regierungskoalition, mit Blick auf die Bundestagswahlen 2002, seit Monaten einer aktiven Politikgestaltung abgeschworen hat.

Politischer Rückenwind für die Nachhaltigkeitsstrategie könnte jedoch aus den aktuellen BSE- und MKS-Krisen erwachsen. Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf sagte jüngst in der Süddeutschen Zeitung: „Die BSE-Krise bestärkt uns darin, den Weg einer nachhaltigen Entwicklung konsequent zu gehen“. In ähnlicher Weise profitiert die Nachhaltigkeitsstrategie von der Absage des amerikanischen Präsidenten George W. Bush an das Kyoto-Protokoll, die durch ihre undiplomatische und selbstbezogene Haltung das Thema Klimaschutz wieder ganz nach oben auf die politische Tagesordnung gebracht hat. Der Nachhaltigkeitsrat täte gut daran, aus diesen Ereignissen Kapital für seine künftige Arbeit zu schlagen.

Der Autor

Ralf Nordbeck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU Berlin.
Kontakt: FFU, Ihnestr. 22, 14195 Berlin. Tel. 030/838-54491, Fax -56685,
 E-mail: nordbeck@zedat.fu-berlin.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.